

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am
15.11.2012**

öffentlich

Ort: Amt für Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstr. 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende Hanna Haupt	SPD-Fraktion
Andreas Schachtschneider	CDU-Fraktion
Heike Wießner	CDU-Fraktion
René Trömel	Fraktion DIE LINKE.
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE.
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion
Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schöps, Regina	Stellvertreterin; MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Sylvia Plättner
Helga Schubert
Kerstin Masur
Uwe Kramer
Beate Gellert

Beratende Mitglieder

Katharina Brederlow	Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie
Philipp Pieloth	Kinder- und Jugendrat
Frau Hackel	Arbeitsagentur
KR Ralf Berger	Polizei Halle
Rene Moses	Humanisten
Frau Leonhard	Kath. Propsteipfarramt
Dr. Kluge	Evang.Kirchenkreis
Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter

Entschuldigt fehlen:

Tobias Kogge	Beigeordneter
Katja Raab	FDP-Fraktion
Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
Antje Klotsch	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Leonhard Dölle	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Petra Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Carola Messerschmidt	Landesschulamt
Frau Wiebach	Jobcenter
Richter Glomski	Amtsgericht
Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde
Anja Pohl	Stadtelternbeirat

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach zur Tagesordnung an, dass als TOP 4.2.1 noch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulentwicklungsplanung auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Sie fragte an, ob es weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt. Dies war nicht der Fall, so dass der geänderten Tagesordnung zugestimmt wurde.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten, Teil 1
Vorlage: V/2012/10921
 - 4.2. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14
Vorlage: V/2012/10911
 - 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14 (Vorlagen-Nr. V/2012/10911)
Vorlage: V/2012/11221
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 04. Oktober 2012 den geänderten Beschluss bekannt:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Rahmen des durch den Stadtrat beschlossenen Budgets für die Förderung freier Träger 2012 in Höhe von 1.875.600 EUR die Förderung des Projektes des Vereins congrav new sports e.V. bis zu 1.500 EUR zur Fortbildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen im Rahmen der landeseinheitlichen Richtlinie zur Erteilung der Jugendleitercard.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten, Teil 1 Vorlage: V/2012/10921

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, stellte kurz die Vorlage vor. Er sprach an, dass diese Prioritätenliste erstellt worden ist, damit die Verwaltung und die Stadträte anhand von Bedarfen die Prioritäten hierzu besser einschätzen können. Dies ist der Teil I zu Schulen und Horten, der Teil II zu KITA wird noch vorbereitet. Im Bildungsausschuss wurde sich in 2 Lesungen damit beschäftigt und am 06.11.12 hierzu einstimmig zugestimmt.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das jetzt die Spalte 7 weggefallen ist und die Punktebewertung sich hierdurch geändert hat. Dadurch ist in der Rangfolge die Lessingschule auf Platz 15 gerutscht, diese stand vorher auf Platz 6. Ist das vertretbar, dass durch die geänderte Punktebewertung eine ehemals vorn stehende Schule weiter nach hinten rutscht?

Antwort Herr Zschocke, erläuterte dies und sprach an, dass die Lessingschule mit anderen Schulen auf Platz 4 zu finden wäre.

Da es keine weiteren Anfragen gab, rief **Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt die teilweise Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 21.11.2007 - Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 – 2013 (Vorlagen-Nr. IV/2007/06391, hier: Anlage 1a), fest.

2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Prioritätenliste Investitionsbedarf an Schulen als Arbeitsgrundlage für die Planung von Schul- und Hortbaumaßnahmen und die Beantragung von Schulbaufördermitteln.
3. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Prioritätenliste jährlich fortzuschreiben und dem Stadtrat Aktualisierungen als Beschluss vorzulegen.
4. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, für alle Bauvorhaben an Schulen jeweils einen Grundsatz- und Baubeschluss auf der Grundlage der Prioritätenliste als Stadtratsbeschluss herbeizuführen.

zu 4.2 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14
Vorlage: V/2012/10911

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass durch die Verwaltung heute Austauschblätter zu dieser Vorlage ausgeteilt worden sind.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, sprach an, dass es einen Änderungsantrag gibt, welcher für das Schuljahr 2013/14 eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für das Südstadt- und Christian Wolff –Gymnasium auf eine 5-Zügigkeit und einen Auftrag an die Verwaltung mit der Schulentwicklungsplanung 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für eine Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe beinhaltet. Diesem Änderungsantrag wurde im Bildungsausschuss (BA) einstimmig zugestimmt. Es gab zu den Beschlusspunkten im BA eine Einzelabstimmung.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete als antragstellende Fraktion diesen Änderungsantrag. Ihre Fraktion möchte diese Konkretisierung. Es soll eine neue Schule geben und nicht nur eine Aufstockung, deshalb wurde die Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe ab 2014/15 vorgeschlagen. Im Bildungsausschuss konnte dem Vorschlag einstimmig gefolgt werden. Sie bittet auch den Jugendhilfeausschuss dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sprach ergänzend an, dass es hierzu im Bildungsausschuss eine Diskussion gegeben hat. Ursprünglich ist durch die Fraktion ein weiteres Gymnasium vorgeschlagen worden. Da durch neue Gesetzmäßigkeiten im Schulgesetz jetzt Änderungen erfolgten, wurde der Antrag geändert auf die Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass im Bildungsausschuss der Antrag durch seine Fraktion gestellt worden ist, diesen Änderungsantrag zu zweiteilen und eine Abstimmung herbei zu führen. Die 5-Zügigkeit soll von dem Prüfauftrag an die Verwaltung getrennt erfolgen. Der Bildungsausschuss ist diesem Antrag gefolgt und hat hier zu zwei getrennten Punkten abgestimmt. Dies möchte er auch für den JHA so beantragen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), wies darauf hin, dass die Abstimmungsergebnisse aus dem Bildungsausschuss vorab den Mitgliedern des JHA zugegangen sind. Heute in den durch die Verwaltung ausgelegten Austauschblättern ist dieser Änderungsantrag unter Punkt 1 nicht enthalten, was heißt, dass die Verwaltung bei ihrem Vorschlag bleibt.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, bestätigt das Anliegen von Herrn Trömel. Er stellt den Antrag, diesen Vorschlag analog dem BA in 1a und 1b zu unterteilen.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass sie dieser getrennten Abstimmung des Änderungsantrages ihrer Fraktion im JHA so zustimmt.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), bat Herrn Zschocke die Beschlusspunkte zu Ende zu erläutern, bevor sie die Einzelabstimmung zu den Punkten herbei führt.

Herr Zschocke sprach den Punkte 2 an, hier geht es um die Aussetzung des Beschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha in der Heinrich-Pera-Straße um ein Schuljahr. Dies wurde im Bildungsausschuss (BA) einstimmig abgelehnt.

Im Beschlusspunkt 3 geht es um Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen Diemitz/Freiimfelde und Kanena/Reideburg. Er erläuterte die Hintergründe hierfür. Im Bildungsausschuss bestand die Ansicht, dass hier nicht bereits im vorausseilenden Gehorsam Dinge herbei geführt werden, die evtl. nicht notwendig sind. Demzufolge gab es zu 3. eine einstimmige Ablehnung im BA. Im Punkt 4 geht es um Schulbezirksveränderungen Auenschule und Südstadt ab 2014/15. Hier stimmte der BA einstimmig zu. Der Punkt 5 wurde im BA durch die Verwaltung zurück gezogen und ist hier für den JHA bereits gestrichen worden. Der Punkt 6 in seinen Untergliederungen ist nur zur Kenntnisnahme.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), wies darauf hin, dass Grundlage für die Behandlung die Vorlage der Verwaltung ist. Somit muss erst über den Änderungsantrag und dann zu den Beschlusspunkten abgestimmt werden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zuerst den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur getrennten Abstimmung nach 1a und 1b auf. Die Vertreterin der antragstellenden Fraktion hatte der zweigeteilten Abstimmung vorab zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 1a) **einstimmig zugestimmt**
- 1b) **einstimmig zugestimmt**

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird in Punkt 1 geändert und erhält folgende Fassung:

1a) Der Stadtrat beschließt ~~ab für das~~ Schuljahr 2013/14 ~~bis auf Widerruf~~ eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ auf eine 5-Zügigkeit.

1b) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die prognostizierten voraussichtlichen SchülerInnenzahlen an allgemeinen kommunalen Gymnasien mit Vorlage des Schulentwicklungsplanes 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für eine Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe vorzulegen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief jetzt zur Einzelabstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Geänderter Beschlussvorschlag:

1a) Der Stadtrat beschließt ~~ab~~ **für das** Schuljahr 2013/14 ~~bis auf Widerruf~~ eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ auf eine 5-Zügigkeit.

1b) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die prognostizierten voraussichtlichen SchülerInnenzahlen an allgemeinen kommunalen Gymnasien mit Vorlage des Schulentwicklungsplanes 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für eine Eröffnung *einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe* vorzulegen.

2. Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha am Standort Heinrich-Pera-Straße 13, vom 14.12.2011, um ein Schuljahr von 2013/14 auf 2014/15.
3. Der Stadtrat beschließt, ab Schuljahr 2013/14 Schulbezirksveränderungen für die Schulbezirke der Grundschulen Diemitz/Freimfelde und Kanena/Reideburg. Die Umsetzung der Schulbezirksveränderung erfolgt vorbehaltlich einer nicht langfristig erfolgreichen Schimmelbekämpfung und einer damit verbundenen Nutzungseinschränkung von Unterrichtsräumen im Schulgebäude der Grundschule Diemitz/Freimfelde.
4. Der Stadtrat beschließt in Verbindung mit dem Neubau der Grundschule Auenschule Schulbezirksveränderungen für die Schulbezirke der Grundschulen Auenschule und Südstadt ab Schuljahr 2014/15.
- ~~5. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Standortes Rainstraße 19 der Berufsbildenden Schulen V Halle (ehemalige Helene-Lange-Schule) zum 31.07.2013.~~
6. Der Stadtrat nimmt die als Anlagen beigefügten Berichte zur Kenntnis.
 - a. Prüfergebnis der Verwaltung zur Eröffnung einer neuen Grundschule im Bereich der nördlichen Innenstadt,
 - b. Stand der Realisierung von Maßnahmen, die den Schulentwicklungsplan tangieren (Beschlusspunkt 4. der Fortschreibung für das Schuljahr 2012/13),
 - c. Stand der Vorbereitung des Schulentwicklungsplanes für die Schuljahre 2014/15 bis 18/19 und
 - d. Schuljahresanfangsstatistik des Schuljahres 2012/13

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten:

- Punkt 1a) einstimmig zugestimmt**
- Punkt 1b) einstimmig zugestimmt**
- Punkt 2) einstimmig abgelehnt**
- Punkt 3) einstimmig abgelehnt**
- Punkt 4) einstimmig zugestimmt**
- Punkt 5) ist von der Verwaltung im Bildungsausschuss zurück gezogen worden**
- Punkt 6) zur Kenntnis genommen**

Herr Zschocke wies abschließend noch darauf hin, dass bei den heutigen Austauschblättern das letzte Blatt als Austausch zur Anlage IV gedacht ist. Hier gab es einen Zahlendreher bei der Fröbel- und der Pestalozzischule und das wurde jetzt korrigiert vorgelegt.

- zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14 (Vorlagen-Nr. V/2012/10911) Vorlage: V/2012/11221**
-

Diskussion und Abstimmung unter TOP 4.2

- zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**
-

- zu 5.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe Vorlage: V/2012/10856**
-

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass der Jugendhilfeausschuss den Antrag der CDU-Fraktion bereits in seiner Sitzung am 06.09.2012 abgelehnt hat. Nach der Sitzung wurde dieser Antrag durch die CDU-Fraktion nochmals geändert und dem Bildungsausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) in der geänderten Fassung vorgelegt. Sie wollte, dass dieser geänderte Antrag dem JHA auch vorgelegt wird.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass laut Geschäftsordnung des Stadtrates § 21 (1) i. V. m. § 8 (1) S. 6 jeder Antragsteller seine Anträge nochmals ändern kann, ohne dass die bereits stattgefundenen Gremienbeteiligungen erneut wiederholt werden müssen. Die CDU-Fraktion hat den geänderten Antrag nochmals für den JHA zur Behandlung eingereicht und deshalb steht dieser erneut auf der Tagesordnung. Es ist nicht notwendig so zu verfahren, wie heute hier verfahren wird.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, begründete als antragstellende Fraktion diesen Antrag und sprach an, dass es hierzu im SGGA eine Diskussion gegeben hat. Er betonte, dass es nicht darum geht, etwas gegen die Akteure in der Silberhöhe zu unternehmen sondern im Sinne der Straffung der Haushaltsmittel soll die Verwaltung schauen, ob mit den Mitteln anders verfahren werden kann als bisher.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass dieser Antrag auch in der geänderten Fassung nicht besser ist als der zuerst eingereichte Antrag. Er wies darauf hin, dass der JHA sich im Dezember mit den Leistungen der Sozialräume, so auch der Silberhöhe, beschäftigt. Die Bedarfe in den Sozialräumen wurde auch im letzten Jahr geprüft. Es geht hierbei nicht um die Träger sondern um die Leistungen, die dort verhandelt werden. Er wird diesen Antrag wieder ablehnen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass sie Vorsitzende im SGGA ist und dort zu dem Antrag länger diskutiert worden ist. Auf Details möchte sie hierzu nicht eingehen. Die Auslastungsdefizite, die im Antrag formuliert wurden, haben im Sozialraum für Unverständnis gesorgt. Von den dortigen Akteuren wird dies anders gesehen. Es gibt dort Strukturen, nach denen auch gearbeitet wird.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass es in dem Antrag um die Verbesserung der Planungssicherheit geht.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., erwiderte, dass die Träger das so nicht mittragen und sie wird dies ablehnen.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass die Träger hierzu nicht die Basis sind. Die Frage ist, was brauchen wir. Unverständlich ist, dass es hier ausschließlich um die Konzepte aus den Bereichen Jugend und Soziales geht. Es wird entsprechend der Minimalbedarfe gefördert, so auch in der Silberhöhe. Aus Sicht der Jugendhilfeplanung sieht sie hier keinen weiteren Handlungsbedarf.

Da es keine weiteren Anfragen gab, rief **Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD)**, zur Abstimmung des geänderten CDU-Antrages auf.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (1 Enthaltung)

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird **mit der Fortschreibung der für den Sozialraum Silberhöhe bestehenden Konzepte (Bereich Jugend und Soziales)** beauftragt. ~~ein Konzept mit dem~~ Ziel ist die **Schaffung** effizienterer Strukturen **in den genannten Bereichen. In diese Fortschreibung sind die Akteure vor Ort in geeigneter Weise einzubeziehen.**
2. **Diese Fortschreibung** wird von der Stadtverwaltung bis ~~zur Oktober-Sitzung 2012~~ **zum Februar 2013** dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass das Magdeburger Ausbildungsinstitut für Psychotherapeutische Psychologie (MAPP) eine Nebenstelle der psychotherapeutischen Ambulanz in Halle eröffnet. Mit dieser Eröffnung werden sich in Halle die Bedingungen für eine fachgerechte psychotherapeutische Behandlung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verbessern. Sie lädt zur Eröffnung am Mittwoch, dem 14.12.2012 ab 14.00 Uhr in die Ankerstraße 3c ein.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), teilte mit, dass die IG KITA diese Woche getagt hat. Es wurde dort positiv zur Kenntnis genommen, dass die 5%ige Eigenbeteiligung von den KITA-Trägern nicht gefordert werden kann, da der Finanzausschuss dies abgelehnt hat. Irritierend hat man reagiert, als bekannt wurde, dass die Entscheidung im Finanzausschuss im Februar 2012 bereits getroffen wurde. Es gab mehrere Gespräche durch das Jugendamt mit den KITA-Trägern, wobei es immer um die 5%ige Eigenbeteiligung ging. Und diese unter dem bereits bekannten Aspekt der Ablehnung des Vorschlages im Finanzausschuss. Demzufolge gibt es gegenüber dem Jugendamt Misstrauen. Die IG KITA hat sich über das Verhalten des Jugendamtes geärgert.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) entgegnete zu dieser Mitteilung, dass die 5%ige Eigenbeteiligung zu erbringen ist. Der Finanzausschuss der Stadt Halle kann nicht Gesetze des Landes ändern. Der Finanzausschuss ist im eigenen Bereich zuständig. Es gab keinen entsprechenden Antrag im Stadtrat, nur eine Anfrage hierzu. Die Verwaltung handelt nach gesetzlichen Grundlagen des Landes.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass hierzu tatsächlich kein entsprechender Antrag durch keine Fraktion im Stadtrat eingereicht worden ist.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass sie im Jugendhilfeausschuss am 01.11.2012 ihren Antrag hierzu nur zurück genommen hatte, da es dort hieß, dies spielt keine Rolle mehr, da der Finanzausschuss diese Forderung bereits abgelehnt hatte.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass doch der Finanzausschuss die Rahmendaten für den Haushalt beschlossen hat, dann müsste das doch nicht mit dabei sein, oder wie verhält sich das?

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), dass die 5% Eigenbeteiligung im Haushaltsplan des Jugendamtes mit drin sind. Sie wies darauf hin, dass es hier um „bis zu 5%..“ geht. Das heißt, dass im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung geschaut wird, inwieweit der jeweilige Träger in der Lage ist, dies erbringen zu können oder nicht. Es wird Träger geben, die bis zu 5% Eigenbeteiligung nicht erbringen können, es wird aber auch Träger geben, die diese erbringen können.

Anfrage Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, das demnach der Fall eintreten kann, dass mehrere Träger diese Eigenbeteiligung bis zu 5% nachweislich nicht erbringen können. Er möchte gern die Prüfnachweise sehen.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) wies darauf hin, dass die Verwendungsnachweisprüfung so schnell nicht erfolgen kann. Dafür hat sie nicht ausreichend Personal zur Verfügung zu stehen. Es wird Jahr um Jahr geprüft und abgearbeitet.

Herr Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter), teilte mit, das am Mittwoch, dem 21.11.12 von 9.00 – 16.00 Uhr das Projekt „Demokratieschmiede“ aus dem Programm „Demokratie macht Schule“ (LAP) stattfindet. Flyer sind bei ihm erhältlich.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., zu nicht gezahlten Mitteln aus dem Krippenausbauprogramm. Sie hat Informationen erhalten, dass die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden können, diese müssen doch da sein, wie verhält sich das?

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), das es sich um einen Träger handelt, welcher diese Mittel erhält. Dieser Träger ist in Vorleistung gegangen, dann kam die Haushaltssperre, jetzt sind diese Mittel freigegeben und müssten morgen beim Träger sein. Der Träger hat die Verwaltung angefragt und hierzu auch die Antwort erhalten. Sie wies auch darauf hin, dass das Amt die Freigaben für die beantragten Mittel für die freien Träger im HzE- und KITA-Bereich erhalten hat, so dass diese erfolgen können.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Schreiben an die freien Träger raus gegangen sind, dass die Mittelauszahlung zum Ende des Jahres Schwierigkeiten birgt. Hierzu gibt es viele Ängste, wie kann das nun wieder entkrampft werden, da ja die Zahlungen erfolgen können?

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) antwortete, dass bereits ein erneuter Brief an die freien Träger mit der Mitteilung zur Zahlung versendet worden ist. Sie sprach an, dass im 1. Brief auf Zahlungsverzögerungen aufmerksam gemacht worden ist. Sie teilte mit, dass der Finanzausschuss der Mittelvergabe zugestimmt hat, welche noch notwendig sind. Dies muss jetzt noch in den Stadtrat.

Anfrage Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), zur stattgefundenen Abfrage durch das Jugendamt im Zusammenhang mit dem Programm „Stark III“ . Wenn Träger Kredit hierfür aufnehmen möchte, gibt es dann Unterstützung durch die Stadt bei den Kreditanfragen?

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), dass in den Voraussetzungen eindeutig steht, dass 30% Eigenleistung durch den Träger zu erbringen sind. Diese hat der Träger zu erbringen, der sich hier beteiligen möchte. Eine Unterstützung durch die Stadt wird es hier nicht geben.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass der EB KITA auf jeden Fall die Mittel erhält. Hier ist der EB KITA gegenüber den freien Trägern bevorteilt. Welche Möglichkeiten gibt es im Sinne der Gleichbehandlung, hier freie Träger zu unterstützen. Gibt es dann mehr Fördermittel?

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) , das sie dringend darum bittet, sich mit dem Programm zu befassen. Die Förderung liegt bei dem, der das Gebäude hat, das sind oftmals die freien Träger selbst.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), sprach an, dass es Städte wie Leipzig gibt, wo eine Finanzierung erfolgt.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass hier vom Stark III-Programm die Rede ist, welches es nur in Sachsen-Anhalt gibt.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass es überlegenswert wäre, sich Gedanken zu machen, wo gekürzt werden kann.

Antwort Frau Brederlow, das geht nicht, dies wurde bereits geprüft.

Keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr.

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport,
Soziales und kulturelle Bildung

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin